

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 164 (1998)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Strategische Ungleichzeitigkeit überwinden  
**Autor:** Perrig, Igor  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-65361>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Strategische Ungleichzeitigkeit überwinden

Igor Perrig

**Ein Blick auf die (sicherheits-) politische Agenda von 1999 zeigt, dass im Laufe des nächsten Jahres wichtige Gipfeltreffen der EU, NATO und OSZE stattfinden werden. Symbolisch stehen sie für den gelungenen Abschluss der Arbeit der letzten 10 Jahre, dieser Übergangsphase zwischen dem Ende des Kalten Krieges und dem Jahrhundertende. An diesen Treffen fällt aber auch der Kick-off ins neue Jahrtausend.**



**Dr. Igor Perrig,**  
Referent Sicherheitspolitik,  
Stab Generalstabschef,  
Hauptmann im Armeestab.

Die Einführung des Euro bedeutet die grösste und nachhaltigste Vertiefung des Integrationsprozesses der EU seit dem Maastrichter Vertrag. Die Union wird sich nach diesem Erfolg nun wieder vermehrt mit dem beschlossenen Ziel einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) auseinandersetzen können.

Die OSZE wird sich an ihrem Gipfel mit dem Sicherheitsmodell für den euro-atlantischen Raum des 21. Jahrhunderts befassen.

Die NATO wird im April die Aufnahme von Polen, Ungarn und der Tschechei in ihre Allianz vollziehen. Ebenfalls soll die Partnerschaft für den Frieden ausgebaut und vertieft werden.

Dies alles illustriert den grundlegenden Wandel des wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Umfeldes der Schweiz seit dem Ende des Kalten Krieges. Ausdruck all der genannten Gipfeltätigkeit ist der Wille, die Integration und Kooperation in Europa zu vertiefen und damit Stabilität und Frieden zu garantieren. Dieser Tatsache muss im neuen sicherheitspolitischen Bericht Rechnung getragen werden. Es geht um viel – um die Überwindung der Strategie der Dissuasion und der Ungleichzeitigkeit der Schweiz gegenüber Europa.

Heute, am Ende der 90er Jahre, befassen wir uns mit denselben Themen wie zu Beginn der post cold war aera vor 10 Jahren. Unsere Augen sind noch zu sehr rück- statt vorwärts gerichtet. Banken und Regierung führ(t)en jahrelange Rückzugsgefechte gegen die «Schatten des Zweiten Weltkrieges». Peinlich kleinliche innenpolitische Diskussionen um die Auns/Blocher-sche- und Neutralitätsverträglichkeit der Bewaffnung unserer Peacekeeper, einer Grundvoraussetzung der multinationalen Peace Support Operations, halten uns von dem praktischen Einsatz am Ort des Geschehens ab, mit an der Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur zu arbeiten. Dies wird im Ausland mit feinem Gespür registriert – und immer weniger verstanden.

Seit nunmehr 6 Jahren bastelt der Bundesrat bilateral an der Normalisie-

rung der Beziehungen zur EU, welcher inzwischen die Neutralen Österreich, Schweden und Finnland beigetreten sind.

Die im sicherheitspolitischen Bericht 90 gemachten notwendigen Vorschläge, wie die Verlagerung der sicherheitspolitischen Prioritäten zu einer aktiven, auf Kooperation und Solidarität basierenden Sicherheitspolitik, konnten nach dem EWR- und Blauhelm-Nein nicht im gewünschten Mass erfüllt werden. Das Gegenteil war der Fall: trotz dieses mutigen und vielversprechenden Berichtes zog sich die Schweiz nochmals ins geistige Reduit zurück und hat deshalb den Paradig-mawechsel von der bilateralen zur multilateralen Aussen- und Sicherheitspolitik weitgehend verschlafen.

Die Vorarbeiten zum sicherheitspolitischen Bericht 2000, der Mitte nächsten Jahres vorliegen soll, sind abgeschlossen. Die im Bericht Brunner enthaltenen Anregungen wurden geprüft und ausgewertet. Es ergibt sich daraus eine Grundtendenz, wonach die Mehrheit der eingegangenen Stellungnahmen die bisherige sicherheitspolitische Zurückhaltung der Schweiz und der Schweizer Armee gegenüber internationalen Engagements verlangt. Auch wird eine Annäherung (ohne eigentlichen Beitritt zu einer Organisation) an den europäischen Sicherheitsraum befürwortet. Dies zeigt, dass die sicherheitspolitischen Entwicklungen der letzten 10 Jahre positiv beurteilt werden und auch für die Schweiz die Chance zum längst fälligen Paradig-mawechsel erfolgen soll. Damit kann der Schritt von der defensiven Verteidigungspolitik des Kalten Krieges zur aktiven, auf Kooperation und Solidarität basierenden Sicherheitspolitik vollzogen werden. Dies ist die wichtige Voraussetzung dafür, dass die Schweiz die strategische Ungleichzeitigkeit überwinden kann. Denn als «Sonderfall» werden wir im nächsten Jahrtausend kein gleichberechtigter Partner im euro-atlantischen Raum sein können. ■